

Anwohner wehren sich gegen neue Busstrecke

Aufreger | Linie 630 soll ab 1. Januar 2021 zusätzliche Schlaufe fahren / Ablehnung bei Betroffenen ist groß / Langer Prozess

Seit Jahren – wenn nicht gar Jahrzehnten – gibt es Überlegungen, den Verlauf der Buslinie 630, die durch Heumaden fährt, zu verändern. Nun, da dieses Vorhaben kurz vor der Umsetzung steht, regt sich jedoch massiver Widerstand vonseiten der betroffenen Anwohner. Eine aufgeheizte Situation, die unter anderem im Bau- und Umweltausschuss reg diskutiert wurde.

■ Von Ralf Klormann

Calw-Heumaden. Die Buslinie 630 soll ab dem 1. Januar 2021 einen zusätzlichen Bogen durch Heumaden fahren – und zwar über die Waldenserstraße bis kurz vor dem Friedhof und von dort in die Heinz-Schnauer-Straße bis zum bisherigen Streckenverlauf (siehe Kartengrafik). In diesem Bereich sind dafür zwei neue Bushaltestellen vorgesehen, eine nahe der Sonnenresidenz, eine weitere unweit des Friedhofs. Die Haltestelle Breslauer Straße würde dann nur noch zu den Schulzeiten angefahren, also morgens, mittags und nachmittags. So weit der Plan. Doch zahlreiche Heumadener wehren sich nun gegen dieses Ansinnen. Wir geben einen Überblick über den aktuellen Sachstand.

Vorgeschichte

Die Idee, die Buslinie 630 zu erweitern, hat mittlerweile eine lange Vorgeschichte hinter sich. Bereits im Oktober 1999 war das Thema erstmals im Rahmen einer Bürgerversammlung angesprochen worden, berichtet Calws Oberbürgermeister Florian Kling im Gespräch mit unserer Zeitung. Rund ein Jahr später sei eine Begehung mit dem Stadtteilbeirat erfolgt und auch im Schlussbericht der Verkehrsuntersuchung Heumaden aus dem Jahr 2003 finde sich die neue Buslinie. 2004 war das Vorhaben erneut Thema bei einer Bürgerversammlung in Heumaden. Damals war noch angedacht, die Strecke über die Breslauer Straße in die Waldenserstraße zu führen und von dort weiter in die Heinz-Schnauer-Straße. Das geht aus einem Bericht unserer Zeitung vom 4. November 2004 hervor. 2016 wurde das Projekt in den Nahverkehrsplan des Landkreises aufgenommen. Dieser verfolgt das Ziel, eine möglichst flächendeckende Versorgung mit Nahverkehr zu gewährleisten.



Heumaden soll einen erweiterten Busverkehr bekommen. Doch dagegen regt sich massiver Widerstand vonseiten der betroffenen Anwohner.

Symbolfoto: © connel_design - stock.adobe.com

Doch wie kam es überhaupt zur Überlegung, die Buslinie anzupassen? »Der Impuls kam aus dem Stadtteil«, bekräftigt OB Kling. Da der Wunsch sowohl für die Stadt als auch das (für den Nahverkehr verantwortliche) Landratsamt nachvollziehbar gewesen sei – und es sich bei der Linie 630 laut Landratsamt zudem um die am stärksten frequentierte Busverbindung des Landkreises handle – habe es nahe gelegen, hier eine Erweiterung anzuschließen. Für Kling ist insofern klar: Es handelt sich um einen jahrelangen Prozess, bei dem auch immer wieder Bürger beteiligt wurden. Dies dürfe jetzt nicht einfach ignoriert werden.

Aktueller Stand

Viel Zeit ist seit den ersten Ideen vergangen. Nun endet am kommenden Montag die Ausschreibungsfrist für interessierte Unternehmen, die den Busbetrieb übernehmen wollen – inklusive der neu eingeplanten Strecke in Heumaden. Ein Prozess, der sich nicht mehr aufhalten lässt. Liegen die Ausschreibungsergebnisse vor, so erklärt Kling, geht es in die Verhandlungen mit den Unternehmen.

Geplant ist, die Busse etwa halbstündlich zu lassen; ab 19 Uhr sowie am Wo-

chenende stündlich – und zwar von etwa 6 bis 0 Uhr, am Wochenende sogar bis 1 Uhr. Die genauen Zeiten hängen jedoch noch vom Ausschreibungsergebnis sowie den folgenden Verhandlungen mit den Unternehmen ab, erläutert Kling. Verträge würden darüber hinaus flexibel gestaltet, sodass die jeweiligen Zeiten und auch die Taktung angepasst werden könnten. »Es ist völlig klar, dass, wenn man ein neues Angebot schafft, dieses nicht in Stein gemeißelt ist«, unterstreicht der OB.

Widerstand

Viele Heumadener sind von den vorliegenden Plänen allerdings alles andere als begeistert. Mehr als 100 Anwohner des betroffenen Gebiets haben sich mittlerweile an einer Unterschriftenaktion beteiligt, um sich gegen das Vorhaben zu wehren. In einem Schreiben an Bezirks- und Gemeinderäte sowie die Stadtverwaltung, das unserer Zeitung vorliegt, tragen die Gegner ihre Bedenken vor und sprechen teils harte Vorwürfe aus.

Demzufolge werde über die Köpfe der Bürger hinweg entschieden, »ohne jeden Versuch zu unternehmen einen Konsens beziehungsweise eine Kompromisslösung zu finden«. Niemand habe mit den Anwohnern gesprochen oder diese auch nur vorab informiert. Ein solches Vorgehen entbehre »jeglicher Grundlage für Verständnis, Bürgernähe und Demokratie«.

Die Gegner befürchten durch die neue Buslinie zusätzlichen Lärm, Schmutz, eine höhere CO₂-Belastung und nicht zuletzt eine »erheblich verschärfte Parksituation«. Auch der »immense Kostenrahmen«, den das Projekt mit sich bringe, werde nicht offen kommuniziert. Obgleich die Unterzeichner der Unterschriftenaktion alle betroffen seien, werde keines-

der vorgebrachten Anliegen ernst genommen. Es ist die Rede von einem Skandal, der in einer Diktatur zu erwarten sei, nicht jedoch von einer demokratischen Stadtvertretung.

Auch das Sicherheitsrisiko, das wegen potenziell wegfallender Parkplätze entstehe – »durch die daraus resultierenden vollgestopften Nebenstraßen«, wo Feuerwehr und Rettungsdienste behindert werden könnten – werde wohl nicht berücksichtigt.

»Wir haben unsere Ablehnung mehr als einmal zum Ausdruck gebracht, Terminvorschläge zum Konsens vorgeschlagen, Konzepte über Alternativen ausgearbeitet«, heißt es zudem. Nichts davon sei wahrgenommen worden.

Und: Der Bezirksbeirat habe eigenmächtig einen Beschluss gefasst, der die Erweiterung der Buslinie 630 letztlich ermögliche.

Nicht zuletzt, so erklärte einer der Betroffenen in einem Telefonat, gebe es noch viele offene Fragen, beispielsweise hinsichtlich der tatsächlichen Machbarkeit eines Busverkehrs auf dieser Strecke, die bislang nicht beantwortet seien.

Entgegnung

Schwere Vorwürfe stehen derzeit also im Raum. OB Kling äußerte sich dazu in einem Gespräch. So erklärte der Oberbürgermeister, dass sich die Parkmöglichkeiten, die durch den neuen Streckenverlauf wegfallen würden, an maximal zwei Händen abzuzählen seien – vorausgesetzt, dass es sich um regelkonforme Abstellflächen handle. Regelkonform kann ein Fahrzeug dann parken, wenn mindestens 3,05 Meter der Fahrbahn frei bleiben. Dieser Wert ergibt sich aus Paragraf 32 der Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung. Dort ist geregelt, dass ein Fahrzeug oder Anhänger maximal 2,55 Meter breit sein darf. Dazu kommt ein Sicher-

heitsabstand von je 25 Zentimetern pro Seite, um die sichere Durchfahrt zu ermöglichen. Eine Behinderung von Rettungsdiensten ist insofern per se bereits verboten. Zu den Kosten für die Stadt Calw erklärte Kling, dass sich diese auf das Einrichten der Haltestellen beschränken würden und sich voraussichtlich im mittleren fünfstelligen Bereich bewegen würden. Hinsichtlich des Themas Bürgerbeteiligung führte der OB aus, dass es eine solche in den vergangenen 20 Jahren, seit das Projekt angedacht wurde, mehrfach gegeben habe. Dies bedeute aber selbstverständlich nicht, dass man nicht dennoch mit den Betroffenen sprechen und gemeinsam Lösungsmöglichkeiten erarbeiten wolle.

Einen Beschluss des Bezirksbeirats, der die neue Buslinie gewissermaßen »durchdrückte«, habe es übrigens gar nicht gegeben. Da der Nahverkehr in der Zuständigkeit des Landkreises liegt, hätte ein solcher Beschluss ohnehin keine bindenden Folgen gehabt. Dennoch betonte der OB, dass die Stadt eine erweiterte Buslinie begrüße, auch, wenn man selbst nicht direkt mitbestimmen dürfe.

OB Kling räumte ein, dass durch die neue Busstrecke Parkplätze wegfallen und dadurch Autofahrer in Nebenstraßen ausweichen könnten. Klar sei: »Heumaden ist überfüllt mit Autos«, stellte er fest. Um dies zu ändern, müsse den Menschen aber eben auch ermöglicht werden, auf Fahrzeuge zu verzichten – und dazu wiederum brauche es entsprechenden Nahverkehr.

Dieter Kömpf (Freie Wähler) und Jürgen Ott (Gemeinsam für Calw) zeigten sich angesichts des massiven Widerstands skeptisch, ob die geplante Buslinie überhaupt der richtige Weg sei. »Wir machen das ja für den Bürger«, meinte Kömpf. Sollte es aber nicht gewünscht sein, müsse das ganze vielleicht überdacht werden oder zumindest mit den Betroffenen ausgearbeitet werden. Politik dürfe schließlich nicht »zum Selbstzweck, sondern dass die Leute zufrieden sind«, betrieben werden. Ob es sich bei jenen Leuten allerdings um die Mehrheit handle, nur, weil der Widerstand von dort nun lautstark geäußert werde, stellte unter anderem Kling zumindest infrage. Senioren oder Friedhofsbesucher beispielsweise, die den Bus befürworten, meldeten sich vielleicht gar nicht – und hätten auch keine Lobby.

Wichtig sei es jetzt auf jeden Fall, mit den Betroffenen ins Gespräch zu kommen, hob der OB hervor – auch, wenn sich der Prozess im Moment nicht stoppen lasse. »Das wird Ärger geben«, prophezeite Kling am Ende dazu. »Aber dieser Ärger ist ja jetzt schon da.«

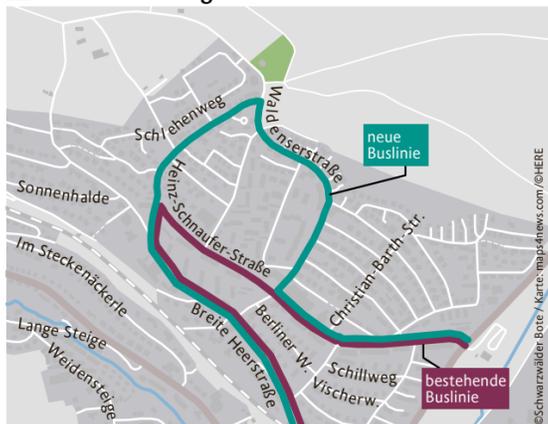
Sie erreichen den Autor unter ralf.klormann@schwarzwaelder-bote.de

Diskussion im Ausschuss

Bereits in der jüngsten Sitzung des Bau- und Umweltausschusses in dieser Woche wurde der Sachverhalt kontrovers diskutiert.

Unter anderem Evelin Menges (SPD) wertete die extreme Ablehnung der Anwohner dabei als »sehr, sehr schlimm«. Immer wieder sei in Stadtteilbeiratssitzungen der Wunsch nach einer Erweiterung der Buslinie aufgenommen. Und gerade für ältere Menschen, die beispielsweise zum Friedhof möchten, könne dies eine Erleichterung darstellen. »Ich muss an die Jungen denken, ich muss aber auch an die Alten denken«,

Buslinienführung in Calw-Heumaden



Sie erreichen den Autor unter ralf.klormann@schwarzwaelder-bote.de

ralf.klormann@schwarzwaelder-bote.de